



Es bröckelt.

IMAGO

Von Wien, Dänemark und Kalifornien lernen

Gerade in der Wohnungs- und Energiepolitik sei ein Neustart nötig, sagen zwei Sozialdemokraten. Ein Gastbeitrag

WOLFGANG THIERSE, KLAUS MINDRUP

Unser Land, die Ampelregierung und die SPD brauchen einen Neustart, spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds. Als ehemalige Mitglieder des Deutschen Bundestages melden wir uns hier zu Wort und wenden uns dabei vor allem an die eigene Partei. Die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sind wichtiger als je zuvor. Wir sorgen uns, dass dieser Markenkern der SPD nicht klar genug erkennbar ist. Sicherheit durch Wandel und Sicherheit im Wandel: das muss das Motto sozialdemokratischer Politik heute sein! Die Moderation von Konflikten und Krisen in einer ungewöhnlichen Koalition reicht nicht, wenn darin das eigene Profil nicht sichtbar wird. Wir wollen am Beispiel der Politikfelder Wohnen und Energie zeigen, was dies konkret heißt.

Dramatische Entwicklungen

In unserer Nachbarschaft finden gerade dramatische Entwicklungen statt. Die Formel des faulen Zaubers lautet: „möblierte Vermietung auf Zeit“: 38 Quadratmeter in der Oderberger Straße für 2340 Euro im Monat. Das entspricht einer Kaltmiete von fast 62 Euro pro Quadratmeter. Knappheit am Markt führt zu Preisen, die sich kein Normalbürger leisten kann. Bevor eine Altbauwohnung zu diesem Preis angeboten werden kann, muss sie „entmietet“ werden. Wie bekommt man die angestammten Mieterinnen und Mieter aus ihrem Zuhause? Mit einer Eigenbedarfskündigung, die schlecht reguliert ist. Wer einzieht und wie oft jemand deswegen kündigt, überprüft niemand.

Die SPD muss hier klare Signale setzen, für einen besseren Mieterschutz im Fall von Eigenbedarfskündigungen und für eine klare Regulierung der möblierten Vermietung. Dies wird schnell Wirkung zeigen, wie das zum 1. Januar 2019 von uns als SPD erkämpfte Verbot der Luxusmodernisierung und der seit 2021 in Kraft getretene Umwandlungsschutz. Es geht darum, die Schwachen vor Missbrauch zu schützen. Deswegen brauchen wir auch eine Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechtes. Staatliche Geschenke, wie steuerliche

Sonderabschreibungen ohne langfristige Bindungen, können wir uns weder finanziell noch sozial leisten.

Beispiel Pankow: Umgerechnet fast 500 Millionen Euro wurden seit den 90er-Jahren an Zuschüssen für Sanierung und Modernisierung von Wohnungen vom Land Berlin ausgezahlt – und zwar als Zuschuss an die Vermieter. Dazu steuerliche Sonderabschreibungen und Investitionszulagen in ähnlicher Höhe. Heute weiß Berlin nicht einmal, was mit den Objekten passiert, die das Land einst gefördert hat. Belegungs- und Mietpreisbindungen sind fast alle ausgelaufen. Was wir wissen: Viele Privateigentümer veräußerten ihre Häuser nach zehn Jahren mit großen Spekulationsgewinnen. Steuerfrei. Ein weiteres unnötiges Geschenk des Staates an diejenigen, die es nicht brauchen.

Gut dagegen, dass es Genossenschaften gibt. Geförderter Wohnraum ist dort auf Dauer günstig und sicher und die Zuschüsse waren hier nachweislich gut angelegt. So wichtig wie der Schutz bezahlbaren Wohnraumes auch ist, ohne Neubau geht es nicht, weil die Bevölkerung stark wächst. Angesichts von geschätzten 40.000 (!) Wohnungslosen in Berlin kann es keine Lösung sein, nicht zu bauen. Und wenn der Neubau mit biologischen Materialien wie Holz und Hanf aus erneuerbarer Land- und Forstwirtschaft erfolgt, dann werden diese Gebäude zu CO₂-Speichern. So wird die Lösung der Wohnungsnot sogar zur Lösung der Klimakrise, wie Prof. Dr. Dr. Schellnhuber immer wieder eindrücklich erläutert hat.

Neben dem Einsatz klimafreundlicher Materialien sollte sich staatliche Förderung auf die Sicherung „bezahlbaren Wohnraums auf Dauer“ konzentrieren. In Wien wird seit Jahrzehnten gezeigt, wie spekulationsfreier Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten gebaut werden kann und dabei lebendige Stadtteile entstehen. Die Verbindung von Klimaschutz und sozialer Wohnungspolitik nach Wiener Vorbild würde auch die Akzeptanz neuer Bauvorhaben in Deutschland deutlich steigern. Niedrigverzinst und spät zu tilgende staatliche Nachrangdarlehen für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft sind in Wien der Schlüssel: Zins und Tilgung werden auf diese Weise reduziert, was unmittelbar deutlich

niedrigere Mieten zur Folge hat. Breite Schichten der Bevölkerung und das Klima profitieren, unser Grundwert „Freiheit“ wird in die Wohnungspolitik übersetzt. Ohne Gang zum Amt, mit Platz für benötigte Fachkräfte.

Die FDP sollte diese Fakten zur Kenntnis nehmen. Besserer Mieter-

konzerne. Sie wirft den Unternehmen vor, die Risiken fossiler Brennstoffe herunterzuspielen. Die Ölmultis hätten durch ihr Verhalten milliardenhohe Schäden verursacht und die Öffentlichkeit getäuscht. Dieser Weg sollte auch in Deutschland geprüft werden. Klar ist: Es gibt kein Zurück in das alte, fossil-ato-

zial und würde selbst große Teile ihrer Wählerklientel in Prenzlauer Berg hart treffen. Die geforderte Art der Sanierung ist sehr teuer und kann nicht im bewohnten Zustand durchgeführt werden. Wieder zeigen Genossenschaften aufgrund ihres sozialen Wesenskerns, wie es gehen kann, unter anderem die Märkische Scholle aus Berlin.

Es kommt auf eine sinnvolle und bezahlbare Mischung an, mit dem Einsatz von erneuerbaren Energien, Haustechnik und Maßnahmen an der Gebäudehülle. Selbstverständlich muss auch unsere Heimat, der Prenzlauer Berg, in den nächsten zwei Jahrzehnten von Erdgas auf erneuerbare Energien umsteigen, so wie nach 1990 der Umstieg von Kohle auf Erdgas in den meisten Gebäuden erfolgte. Dies gelingt mit der Kraft der Sonne und der im Untergrund vorhandenen Wärme zur Strom- und Wärmeerzeugung. Trotz grüner Mehrheiten ist der Prenzlauer Berg bei der Sonnenenergie ein Entwicklungsland, auf fast allen Dächern, egal ob Wohnhäuser, Schulen oder Einkaufszentren – Fehlzanzeige. Eine Ausnahme sind auch hier wieder die Genossenschaften.

Ein weiterer, lösungsorientierter Ansatz sind kalte Wärmenetze. Hier wird Grundwasser als Medium genutzt und in den Häusern durch einzelne Wärmepumpen auf eine höhere Temperatur gebracht. Dies funktioniert auch im Winter ohne Überlastung der Stromnetze gut, im Sommer kann man überschüssige Wärme im Untergrund speichern. In Berlin wird dies im großen Stil nur ein einziges Mal praktiziert – unter dem Deutschen Bundestag. Allein in den Niederlanden gibt es dagegen 3000 solcher Untergrundspeicher. Und dies hat sogar einen gesundheitsfördernden Aspekt, weil die Speicherung sommerlicher Wärme im Boden die Gefahr von gefährlichen lokalen Hitzeereignissen – vor allem für ältere Menschen – senkt.

Genossenschaften und kommunale Gesellschaften sind, wie in Dänemark, auch bei uns der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende durch den Bau dieser Netze. Deswegen haben wir Autoren die Rekomunalisierung der Energienetze von Anfang an unterstützt und hoffen, dass nach dem Stromnetz auch das Wärmenetz vom Land Berlin erworben und im Anschluss auch

eine gute Lösung für die Gasag gefunden wird. Im Bezirk steht der Umbau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks zu einem dringend gebrauchten Inklusionssportpark an. Was für eine Chance für den Klimaschutz! Eine Bohrung gibt Aufschluss, ob die Nutzung von Tiefengeothermie oder die Anlage eines Tiefenspeichers möglich ist. Dazu kommen sollte eine intensive Nutzung der Dächer mit Photovoltaik, die Verwendung klimafreundlicher Baumaterialien und ein Konzept für die Begrünung der Nebenflächen. So holen wir Lösungen direkt zu Bürgerinnen und Bürgern, nutzen fünf Jahrzehnten von Erdgas auf erneuerbare Energien umsteigen und gewinnen Akzeptanz für weitere Klimaschutzprojekte.

Der Gestaltungsauftrag

Auch im dicht bebauten Prenzlauer Berg können wir unsere Energie weitgehend vor Ort erzeugen. Frei von Gas aus der Nordsee, Russland oder US-Fracking werden wir keine Angst mehr vor Energiepreiserhöhungen haben. Unser Ziel ist es, preisgünstige, erneuerbare und klimafreundliche Energie für alle zu sichern. Das ist keine Utopie, sondern ein Gestaltungsauftrag. Und wenn wir jetzt entschieden handeln, wird es ein Siegeszug wie beim Smartphone. Diese Investitionen müssen finanziert werden. Für ganz Deutschland rechnet die KfW mit rund fünf Billionen Euro für die Umstellung auf eine klimafreundliche Wirtschaft. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist auch eine Chance, die gesellschaftliche Debatte zu führen, wie wir dies schaffen und unser Land durch die richtigen Investitionen gerechter und reicher sein wird.

Warum erinnern wir uns nicht an den Marshallplan, dem Westdeutschland seinen Aufstieg verdankte? Dieser bestand überwiegend aus Kreditmitteln, die wiederkehrend (revolvierend) eingesetzt wurden. Übertragen wir also dieses Prinzip auf langfristige Investitionen und setzen öffentliche Mittel endlich effektiver ein! Die SPD wird gebraucht. Sie ist Anwältin von Fortschritt und Solidarität. Darin muss sie mutiger und klarer werden, und gesellschaftliche Bündnisse schmieden. Soziale Krise und Klimakrise müssen gemeinsam bekämpft und gemeistert werden. Das solidarische Miteinander ist jeweils der Schlüssel zum Erfolg.



Die Autoren: Klaus Mindrup (l.), Bundestagsabgeordneter für Pankow, und Wolfgang Thierse, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages

JENS KALAENE/DPA

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat die jährlichen staatlichen Zahlungen für die Miete, die letztlich bei den Vermietern ankommen, auf über 15 Milliarden Euro anwachsen lassen.

schutz entlastet die staatlichen Finanzen sofort und Investitionen in neue bezahlbare Wohnungen mittelfristig. Denn der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat die jährlichen staatlichen Zahlungen für die Miete, die letztlich bei den Vermietern ankommen, auf über 15 Milliarden Euro anwachsen lassen. Die Klientelpolitik der FDP, die bisher alle Reformen des Mietrechtes blockiert hat, kommt uns also alle teuer zu stehen und hat mit solider Finanzpolitik nichts zu tun.

Angesichts des eingangs erwähnten Urteils des Bundesverfassungsgerichtes ist eine Debatte über die notwendigen Zukunftsinvestitionen entstanden. Die Regierung des US-Bundesstaats Kalifornien geht hier einen ungewöhnlichen Weg, sie verklagt fünf großen Öl-

mare Zeitalter, denn es ist zu teuer und zu unsicher. Allerdings: Was eigentlich uns und kommende Generationen vor der Klimakrise schützen soll, wird von vielen als zu große Veränderung und massive Bedrohung wahrgenommen.

Schauen wir nach Norden: Dänemark ist Deutschland bei der Umstellung auf umweltfreundliche Wärme mindestens zehn Jahre voraus, weil man vor allem auf Wärmenetze setzt, im Eigentum der Städte oder von Genossenschaften. Lokal angepasst und bezahlbar, mit großen Wärmepumpen an guten Standorten – so wird die Gemeinschaft des Klimaglückes schmiedet. Der Ansatz von Teilen der Grünen, jeden Altbau durch Dämmung auf ein Neubaulniveau umbauen zu müssen, ist dagegen schlicht unso-